

Westzonen zu bringen versuchten. In vielen Fällen scheiterten solche Machenschaften, weil die Werk-tätigen wachsam waren und, unterstützt von den Sicherheitsorganen, ihre Betriebe vor dem Zugriff der Reaktion schützten.

Hatten anfangs nicht selten Betriebsangehörige versucht, Konzernherren und faschistische Betriebsleiter zu entlasten, so war das nach der gründlichen Aufklärungsarbeit und der Enthüllung der Schuld von Kriegsverbrechern und Nazis immer weniger der Fall. Auch gelang es dem Gegner kaum noch, Unsicherheit und Furcht zu verbreiten. Die Behauptung, die Enteignung von Betrieben der Monopolbourgeoisie müsse zwangsläufig zu einem Rückgang der Produktion und damit zur Arbeitslosigkeit führen, fand zunehmend weniger Gehör. In unermüdlichem und konsequentem Kampf gegen die Reaktion wurden vor allem in der Arbeiterklasse, aber auch bei der Mehrheit der anderen Bevölkerungsschichten, Klarheit über die Notwendigkeit und das Ziel des Volksentscheids geschaffen. Am 14. Juni 1946 wandte sich der Parteivorstand der SED mit einem Aufruf an die Bevölkerung Sachsens und erklärte: „Zum ersten Male steht in einem deutschen Lande jeder Mann und jede Frau vor der wichtigen Entscheidung über die Sicherung des Friedens. Wir fragen Dich: Willst Du die Bestrafung der Kriegsverbrecher? Willst Du eine friedliche Zukunft Deiner Kinder? Willst Du die Vorrechte der Rüstungsindustriellen und Konzernherren beseitigen? Willst Du den Kriegsverbrechern die Macht-mittel nehmen, um ihnen ein für allemal das Handwerk zu legen? Wenn Du das willst, dann stimme am 30. Juni mit Ja!“

Otto Buchwitz, Kurt Fischer, Otto Grotewohl, Wilhelm Koenen, Hermann Matern, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und andere führende Vertreter der SED, Funktionäre der CDU, der LDPD und der demokratischen Massenorganisationen sprachen auf Großkundgebungen. Allein im Gebiet Dresden fanden 3550 Versammlungen statt, an denen etwa 300 000 Menschen teilnahmen. Unter der Losung „Die Kriegsverbrecher waren sich stets einig gegen das Volk. Jetzt einigt sich das Volk gegen die Kriegsverbrecher!“ gewannen die demokratischen Kräfte die überwiegende Mehrheit der Werktätigen für die Teilnahme am Volksentscheid. Die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen errangen damit einen großen Erfolg; und die gerade gegründete SED bestand eine große Bewährungsprobe.

Der Erfolg der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der sowjetischen Besatzungszone blieb nicht ohne Einfluß auf den Kampf der Arbeiterbewegung in den Westzonen. Doch hier hatten reaktionäre Kreise der Großbourgeoisie, geduldet und aktiv unterstützt von den imperialistischen Besatzungsmächten, das Potsdamer Abkommen hintertrieben und insbesondere verhindert, daß der Großgrundbesitz und das Monopolkapital angetastet wurden.



*Historisches Plakat aus dem Jahr 1946 (Museum für Deutsche Geschichte, Berlin - DDR)*

Sie unterdrückten die Forderung breiter Kreise der Werktätigen, mit den Schuldigen an Faschismus und Krieg abzurechnen und die Betriebe der Monopolbourgeoisie und aktiven Nazis zu enteignen. Sie taten alles, um zu verhindern, daß der am 1. Dezember 1946 in Hessen durch Volksentscheid angenommene Artikel 41 der hessischen Verfassung, der die Überführung der Betriebe der Schlüsselindustrie in die Hände des Volkes vorsah, verwirklicht wird..

Die hohe Beteiligung am Volksentscheid und die eindeutige Forderung der Mehrheit der Werktätigen in der gesamten sowjetischen Besatzungszone nach entschädigungsloser Enteignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher zeugten vom Vertrauen in die Politik der Partei der Arbeiterklasse.

In dieser umfassenden Volksbewegung bewährten sich die breite Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den Bauern, der Intelligenz und den städtischen Mittelschichten, die Zusammenarbeit der Parteien im antifaschistisch-demokratischen Block und das Zusammenwirken mit den demokratischen Massenorganisationen. Durch Umwandlung entscheidender Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum wurde es möglich, die Wirtschaft im Interesse der Werktätigen planmäßig aufzubauen.